



*Wir Ärztinnen und Ärzte können und wollen die ungeteilte Verantwortung tragen für eine gute, individuelle medizinische Versorgung unserer Patientinnen und Patienten. Das ungedeckte Vollkaskoversprechen der Gesetzlichen Krankenversicherung aber können wir nicht einlösen, schon gar nicht durch Selbstaussbeutung.
Foto: Erdmenger/ÄkNo*

Verantwortung für die Patienten – und für würdige Arbeitsbedingungen

Das Versorgungsstrukturgesetz befand sich bei Redaktionsschluss noch in der parlamentarischen Beratung. Unabhängig davon sind aus ärztlicher Sicht kritische Anmerkungen zu machen, von denen ich einige auch bei unserer jüngsten Kammerversammlung vorgetragen habe (siehe „Thema“ Seite 14).

Es ist eine richtige Absicht der Politik, angesichts des Ärztemangels entstehende Versorgungsprobleme durch Delegation ärztlicher Leistungen auf andere medizinische Berufe zu mildern. Ich bin für wohlbedachte, qualitätsgesicherte und haftungsrechtlich saubere arztentlastende Regelungen im Sinne einer qualifizierten Delegation. Ich bin auch dafür, die Kooperation zwischen den Gesundheitsberufen unter Einbindung der vorhandenen Kompetenzen zu fördern. Modellvorhaben jedoch, in denen eine Übertragung von Heilkunde auf Angehörige der Pflegeberufe stattfinden kann, sind hochproblematisch.

Daher wäre es richtig gewesen, solche Vorhaben mit dem Versorgungsstrukturgesetz aus dem Sozialgesetzbuch zu streichen. Stattdessen hat der Gemeinsame Bundesausschuss bereits Richtlinien für solche Projekte beschlossen. Nun ist zu befürchten, dass hier die ärztliche Verantwortung verlagert wird oder – noch schlimmer – Arztzeitmangel zu kompensieren versucht wird durch Verlagerung von Leistungen auf Gesundheitsberufe, die unterhalb des gültigen Facharztstandards arbeiten.

Noch ist die Behandlung nach Facharztstandard im SGB V garantiert. Damit das so bleibt, müssen wir entschieden Position beziehen gegen die Substitution ärztlicher Tätigkeit und die Lockerung des Arztvorbehaltes in Diagnostik und Therapie – im Interesse von Patientensicherheit, Versorgungsqualität und Rechtssicherheit.

Zumal die weitere Konsequenz sein würde, den Pflegekräftemangel zu verschlimmern, da es dann Pflegefachkräfte zu Fuß (als Empfänger von Anordnungen durch wen?) und zu Pferde (als Anordner?) gäbe. Diese Problematik sollte in der Profession von allen Beteiligten zunächst einmal selbst bewertet werden.

Als entlarvend für Politik und Kassen wertete ich den Umstand, dass nur die gesetzliche Rentenversicherung Beitragssenkungen für das kommende Jahr vorsieht. Als Grund werden die gestiegenen Einnahmen angeführt. Das Mehr an Löhnen und Gehältern muss aber auch zu höheren Krankenkasseneinnahmen geführt haben.

Wäre es nicht korrekt, die zusätzlichen Einnahmen zur Bezahlung derer zu verwenden, die als Ärzte, Pflegekräfte, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten oder Logopäden, die alle mit und für die Patienten arbeiten, zur Verfügung zu stellen? Davon hat man bisher nichts gehört. Alternativ wären die Beitragssätze zu senken, damit die Bürger, insbesondere Patienten, dieses Geld für ihre eigene Versorgung einsetzen können.

Stattdessen wird von höchster politischer Stelle auf dem Arbeitgebertag gemahnt, den finanziellen „Puffer“ im Gesundheitsfonds „nicht durch zusätzliche Leistungen wieder zu verplempern“. Sind denn würdige Arbeitsbedingungen für diejenigen, die mit dem und für den Patienten arbeiten, gleichzusetzen mit Verschwendung? Die Frage sei erlaubt, zumal all diese Menschen Steuern in unserem Land zahlen.

Ein letzter Punkt: Es darf nicht so bleiben, dass über unserem Einsatz für die Patientinnen und Patienten ständig das Damoklesschwert von Kürzungen, Deckelungen, Prüfverfahren und Regressen schwebt – und dass Klinikrenditen von über 14 Prozent durch fehlende oder geringe Gehaltssteigerungen für die an Patienten tätigen Berufe und durch nicht besetzte Stellen erzielt werden.

Wir wollen die ungeteilte Verantwortung tragen für eine gute, individuelle medizinische Versorgung unserer Patientinnen und Patienten auf dem jeweiligen Stand des anerkannten Wissens – aber wir können nicht mit unserer endlichen Kraft die wachsende Unterdeckung politischer Vollkaskoversprechen ausgleichen.

Bernd Zimmer
Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein